

NRW-Minister Krischer fordert Milliardenfonds zur Rettung der Infrastruktur!

NRW-Verkehrsminister Krischer fordert ein neues Sondervermögen für den Erhalt der Infrastruktur. Abstimmung im Bundesrat erfolgt bald.

Nordrhein-Westfalen, Deutschland - NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer hat sich entschieden für die Nutzung eines geplanten Sondervermögens von 500 Milliarden Euro ausgesprochen, um einen neuen Infrastrukturfonds ins Leben zu rufen. Dieser Fonds soll helfen, die dringend benötigten Mittel für die Sanierung der maroden Infrastruktur in Deutschland bereitzustellen. Die Finanzierung des Fonds ist vorgesehen durch Einnahmen aus der Lkw-Maut und Verkehrssteuern. Krischer betont, dass dieser Schritt notwendig sei, um den Erhalt und den Ausbau des wichtigen Infrastrukturangebots in den Ländern und Kommunen zu sichern, da der Investitionsbedarf hier enorm ist, insbesondere nach der Schaffung eines Investitionsstaus über viele Jahre hinweg. Die Notwendigkeit einer haushaltsunabhängigen und langfristigen Investitionstätigkeit ist für Krischer von zentraler Bedeutung, um die erforderlichen Bau- und Planungskapazitäten zu schaffen.

Am Freitag wird im Bundesrat über ein Finanzpaket abgestimmt, das bereits vom Bundestag beschlossen wurde. Im Zentrum dieses Pakets steht das schuldenfinanzierte Sondervermögen, dessen Laufzeit zwölf Jahre beträgt. Ziel ist es, die Infrastruktur nicht nur instand zu setzen, sondern auch den nachhaltigen Erhalt zu gewährleisten. An diesem Tag könnte eine Zweidrittelmehrheit für die erforderlichen

Grundgesetzänderungen zur Lockerung der Schuldenbremse erzielt werden, was sich als zentrale Voraussetzung für die Umsetzung erweist. Die Diskussion um die Schuldenbremse war im Bundesrat stark umstritten und zeigte die unterschiedlichen politischen Ansätze zu den Finanzierungsfragen auf.

Der Zustand der Infrastruktur in Deutschland

Die infrastrukturellen Herausforderungen in Deutschland sind gewaltig. In den letzten Jahren hat die Verkehrsministerkonferenz ein einstimmiges Bekenntnis zur Schaffung eines Infrastrukturfonds angestoßen, wie es zuletzt durch den Einsturz der Carolabrücke in Dresden unterstrichen wurde. Eine Kommission soll nun das Konzept für diesen Fonds erarbeiten. Krischer spricht von einer „Multimilliardensumme“, die gebraucht wird, um hier einen Neustart in der Infrastrukturfinanzierung zu ermöglichen. Die Landesminister sind sich einig, dass jede staatliche Ebene für die Finanzierung ihrer Infrastruktur selbst verantwortlich ist, was die Notwendigkeit eines solchen Fonds unterstreicht. Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing erkennt den Handlungsbedarf, hat jedoch bis dato keine konkreten Fortschritte erreicht.

Besonders die Zahlen verdeutlichen den Investitionsbedarf: Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schätzt, dass bis 2030 über 100 Milliarden Euro jährlich nötig sein werden, um die Verkehrsinfrastruktur auf ein tragfähiges Niveau zu bringen. Dies wird besonders durch den Anstieg des Verkehrsvolumens seit 1992 und die steigenden Schienenverkehrsleistungen von mehr als 75 Prozent seit diesem Zeitpunkt weiter verstärkt.

Finanzierungsansätze und zukünftige Perspektiven

Für den geplanten Infrastrukturfonds könnten neben den bereits

erwähnten Einnahmen alternative Finanzierungsinstrumente in Betracht gezogen werden. Vorschläge beinhalten unter anderem die Einbeziehung von privatem Kapital von Unternehmen und Versicherungen. In Bezug auf die künftige Finanzierung hat Berlins Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) alternative Ansätze gefordert, sollte die Schuldenbremse nicht geändert werden. Der Weg zur Umsetzung einer Sanierungsoffensive wird auf einen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren geschätzt, was deutlich macht, dass schnelles Handeln erforderlich ist.

Insgesamt sind die Gespräche über das Sondervermögen und den Infrastrukturfonds von einer großen Dringlichkeit geprägt. Verkehrsminister Krischer und seine Kollegen drängen auf eine schnellstmögliche Umsetzung der Finanzierungsmaßnahmen, um den Investitionsstau abzubauen und die Infrastruktur in Deutschland zukunftsfähig zu machen. **dewezet.de** und **op-online.de** berichten von den Hintergründen und Fortschritten in dieser Angelegenheit. Auch **welt.de** beleuchtet die Bedeutung dieser politischen Initiative umfassend.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Nordrhein-Westfalen, Deutschland
Schaden in €	500000000000
Quellen	• www.dewezet.de • www.op-online.de • www.welt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de